

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreise bei täglich zweifacher Zustellung
frei Haus monatlich RM. 3,30, durch Postdruck
RM. 3,50 einl. 47,80 Postgeb. (ohne
Wohnungszulage) bei Sechsmal wöchentlich.
Verf. Abz. Nr. 10 RM., bei gleichzeitiger
Verf. Abz. u. Morgen-Ausgabe 15 RM.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marien-
straße 38/42, Fernruf 25241. Postfach 1066 Dresden
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Wohnungszulage u. Briefkäse Nr. 6; Willmetzstraße
(28 mm breit) 11,5 RM., Wappkäse nach Artikel 11,
Baukostenzulage u. Stellenzulage Willmetz-
straße 6 RM., Briefgeb. 30 RM. — Nachdruck
nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten.
Unverlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Prag schafft Handhaben gegen Henlein

Durchsichtiger Gesetzentwurf der tschechischen Regierung

Prag, 13. Dezember.

Die tschechische Regierung hat im Prager Abgeordnetenhaus im Hinblick auf das Erlöschen des Parteilösungsgesetzes aus dem Jahre 1933, das Ende dieses Jahres abläuft, eine Novelle eingebracht. Sie enthält gegenüber der bisherigen Fassung große Verschärfungen. Die Regierung verlangt nämlich Ergänzungen, daß sie in Fällen, in denen ein Einschreiten gegen eine ganze Partei nach dem Gesetz nicht begründet wäre, gegen einzelne Organisationsstelle einer politischen Partei, gegen Parteiorgane und gegen Mitglieder der Partei, die einer Organisation dieser Partei angehören, vorgehen könne.

Ferner beantragt die Regierung ein allgemeines Verbot für Zwecke politischer Parteien, Beiträge, Geschenke und Zuwendungen aus dem Auslande anzunehmen. Widmungen, Geschenke oder Beiträge aus dem Auslande mit der Bestimmung, sie für Wohltätigkeits-, kulturelle, nationale und andere gemeinnützige Zwecke zu verwenden, erfordern die Bewilligung des Innenministeriums. Die Ermächtigung, politische Parteien sowie Ersatzparteien und im Zusammenhang damit Vereine und ähnliche Formationen aufzulösen, soll bis 11. Januar 1939 gelten.

Es ist klar, daß die tschechische Regierung mit dem Ablauf des Gesetzes über die Parteilösung den Zeitpunkt gekommen sieht, um sich nunmehr eine geeignete gesetzliche Handhabe zu schaffen, mit der sie gegen die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins vorgehen kann. Der vorliegende Gesetzentwurf zeigt deutlich den Willen, entgegen den erst kürzlich abgegebenen Versicherungen des tschechischen Ministerpräsidenten Dr. Hodza, dem Sudetendeutschtum auch weiterhin in verstärktem Maßstab die notwendigen Lebensgrundlagen zu entsagen. Darüber hinaus will man die politische Betätigungsmöglichkeit der Sudetendeutschen Partei durch dieses Gesetz einzengen und Handhaben schaffen, um die Partei nach Möglichkeit zu zerplittern oder gar zu zerlegen.

Die Sudetendeutschen antworten Hodza

Prag, 13. Dezember.

Für die Sitzung des Prager Abgeordnetenhauses, die auf Donnerstag angesetzt war, hatte sich der Abgeordnete Kundt als erster Redner gemeldet, um dem Ministerpräsidenten Dr. Hodza auf dessen Rede vom 7. Dezember zu antworten, in der Dr. Hodza behauptet hatte, es sei auf dem Boden des Parlamentes zu einem schönen Anlauf zur Zusammenarbeit mit den Sudetendeutschen gekommen. Diese Zusammenarbeit

hätte „ein Mann, der außerhalb des Parlamentes steht“, geführt. Der Klub der Parlamentarier der SDP verließ deshalb sofort eine außerordentliche Sitzung ein, um auf diese Art eine Stellungnahme zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten zu ermöglichen. Abg. Kundt stellte zunächst unter voller Zustimmung des Klubs fest, daß zwischen dem Parlamentarischen Klub der Sudetendeutschen Partei und Konrad Henlein ein derzeit tunliches Verhältnis des politischen Meinungs-austausches bestehe, daß die Hoffnung darauf, Differenzen zwischen Konrad Henlein und dem Parlamentarischen Klub der SDP heranzuwachsen, als jenseits aller Realpolitik und als eine anderen Zwecken dienende Absicht betrachtet werden müsse. Kundt wies darauf hin, daß der Ministerpräsident merkwürdigerweise immer wieder darauf zurückkomme, daß Konrad Henlein als Parteivorsitzender nicht dem Parlamente angehört, während er an dieser Tatsache bei anderen Parteien keinerlei Anstoß nehme. Nicht Konrad Henlein löse die Entwicklung eines guten Verhältnisses zwischen der Regierung und der Sudetendeutschen Partei, sondern einzig und allein die Tatsache, daß gemachte Zusagen von Seiten der Regierung nicht verwirklicht wurden.

Abgeordneter Kundt führte dann mehrere krasse Beispiele an, aus denen klar zu ersehen ist, daß sich an der Veranschließung des Sudetendeutschtums fast gar nichts geändert hat. Der Ministerpräsident habe ganz übersehen, daß die Arbeitslosigkeit im November um 41 v. H. gestiegen ist, und habe es unterlassen, die Feststellung der SDP zu widerlegen, daß in Bezirken mit 80 v. H. deutscher Bevölkerung die Arbeitslosigkeit selbst nach dem Stande vom Oktober fast noch fünfmal größer ist als im tschechischen Gebiet.

Abgeordneter Kundt führte dann mehrere krasse Beispiele an, aus denen klar zu ersehen ist, daß sich an der Veranschließung des Sudetendeutschtums fast gar nichts geändert hat. Der Ministerpräsident habe ganz übersehen, daß die Arbeitslosigkeit im November um 41 v. H. gestiegen ist, und habe es unterlassen, die Feststellung der SDP zu widerlegen, daß in Bezirken mit 80 v. H. deutscher Bevölkerung die Arbeitslosigkeit selbst nach dem Stande vom Oktober fast noch fünfmal größer ist als im tschechischen Gebiet.

„Erhebliche Festigung des Antikomintern-Dreiecks“

Die Weltöffentlichkeit auch weiterhin unter dem Eindruck der Abfrage an Genf

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Dezember.

Der schwere Schlag, den Deutschland und Italien der Genfer Entente verleiht haben, beschäftigt die Presse des Auslandes weiterhin sehr stark. Dabei unterliegt ein kleiner Regelschüler infolge, als ein glückliches Ereignis im allgemeinen bemähten, die Angelegenheit als nicht allzu belangreich hinzustellen, um den Eindruck zu erwecken, als ob sich nicht sehr viel geändert habe. Dieser betonte Londoner Nahe steht in Paris eine bemerkenswerte Nervosität gegenüber. Besonders charakteristisch ist es, wenn das „Ceure“ eingehend die „Panik“ schildert, die die Kundgebungen Deutschlands und Italiens in Genf politischen Kreisen ausgelöst haben.

Die Nervosität in Genf und in Paris ist deshalb so groß, weil man befürchtet, daß eine Anzahl neutraler Mächte ihr Mittellagerverhältnis zur Genfer Entente ebenfalls lösen könnten. Man denkt dabei in erster Linie an die lateinamerikanischen Staaten, die ohnehin dem Völkerbund sehr skeptisch gegenübersehen. Aber auch der europäischen Staaten ist man nicht völlig sicher. So hat man beispielsweise nicht die schwedischen Kommentare überhört, die davon sprechen, daß die Erklärungen Deutschlands und Italiens selbstverständlich eine Schwächung der Genfer Entente bedeuten und einen Schritt weiter darstellen in der Entwicklung, den Genfer Verband immer mehr zu einer Interessengruppenorganisation zu machen. Da ohnehin in der skandinavischen Presse erst unlängst eine Debatte über die Möglichkeit einer Anwerkmöglichkeit der Genfer Institution entstand, so glaubt man, daß die heutige Entwicklung die Geuerlichkeit gegen die Genfer Entente stärken wird.

Uebereinstimmung herrscht in der Presse aller Länder darüber, daß die heutige Entwicklung eine erhebliche Festigung des Antikomintern-Dreiecks Berlin-Rom-Tokio bedeutet.

Die Frage, wie Italien die weitere politische Zukunft Europas nach seinem Austritt aus der Genfer Entente nunmehr sieht, beantwortet bereits am Montag der italienische

Offiziosus Ganda im „Giornale d'Italia“ knapp und unmissverständlich. Ganda ist nicht der Ansicht Frankreichs, daß jetzt endgültig zwei politische Blöcke sich in Europa gebildet hätten, die in bitterer Feindschaft einander gegenüberstehen. Italien, ebenso wie Deutschland und Japan, wendet sich in keiner Weise gegen die Staaten der Genfer Entente, vorausgesetzt, daß sich diese Länder aller Provokationen in Zukunft enthalten. Insbesondere denkt niemand, so sagte Ganda wörtlich, „in Rom oder Berlin daran, wie Paris zu vermanen scheint, einen neuen internationalen Block zu begründen.“ Italien also brohe niemand, aber es lasse sich nicht nehmen, auf der Grundlage völliger Klarheit die Beziehungen mit den befreundeten Mächten Deutschland und Japan weiter auszubauen. Allein, wer gegen diesen realistischen Frieden sich anzubäumen scheint, der solle freilich wissen, daß Berlin, Rom und Tokio und ihre Freunde niemals auch über die militärischen Machtmittel verfügen, um jede Störung abzuweisen. Es beginne, worauf hingewiesen werden muß und womit sich auch die Staaten der Genfer Entente abfinden müssen, eine neue Phase internationaler Politik.

Flandin bei Dr. Goebbels

Berlin, 13. Dezember.

Der ehemalige französische Ministerpräsident Pierre-Flandin stiftete dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels einen Besuch ab und hatte mit ihm eine zweistündige Unterredung.

Der Führer gratuliert dem englischen König

Berlin, 14. Dezember.

Der Führer und Reichskanzler hat König Georg VI. von Großbritannien zum Geburtstag herzlich seine Glückwünsche übermittelt.

Stadt und Land

Der Reichsernährungsminister, Reichsbauernführer Darro, hat am Sonntag eine bedeutsame Rede gehalten. Bedeutsam im dreifachen Sinne. Erstens insofern, als sie den Ertrag für die politische und wirtschaftliche Willensfindung darstellte, die in den vergangenen Jahren die Godarter Reichsbauerntage zu geben gewohnt waren; dieser Reichsbauerntag mußte diesmal bekanntlich mit Rücksicht auf die in einigen Teilen des Deutschen Reiches während, aus Frankreich eingeschleppte Maul- und Klauenseuche abgelaßt werden. Zweitens wegen des Inhalts der Rede des Reichsbauernführers, die einer Paroleausgabe an das deutsche Volk gleichkam. Und drittens, weil die Worte Darros nicht etwa nur den unmittelbar angeredeten deutschen Bauern angingen, sondern ebenso den Angehörigen jedes anderen Berufes, jeden deutschen Volksgenossen überhaupt und insbesondere den Städter, weshalb sie ja auch über alle deutschen Rundfunkender verbreitet wurden.

Die Sprache des Reichsbauernführers ist klar, eindeutig und jedermann verständlich. Schlagkräftig hat Darro in sieben Hauptpunkten zusammengefaßt, worauf es bei der Fortführung der Erzeugungsschlacht im bevorstehenden Jahre ankommt. Das waren handfeste Vorkämpfe, die den Odem wärtigen Ackerbodens bis in unsere Stadthäuser tragen, und auch den derberen Versuch des Dinges, und was dazu gehört, nicht scheuten. Insofern wäre der Rede nichts hinzuzufügen. Und doch ist gerade uns Städtern ein gut Teil eigene Arbeit überlassen geblieben: die Deutung und Uebersetzung der an das Landvolk ausgegebenen Parole in unsere Sprache und unsere Gedanken.

Das tut bitter not, gerade in heutiger Zeit. Nicht nur, weil uns Städter, wenn wir in echter Volksgemeinschaft leben wollen, die Fragen des Bauerntums bewegen müssen wie unsere eigenen. Sondern weil die Stadt ja auch tatsächlich aufs engste mit dem Lande verbunden ist, enger als es viele Stadtbewohner ahnen. Die meisten freilich werden sich dessen nur bewußt, wenn diese Verbindung einmal nicht so klappt, wie sie möchte und soll. Wenn einmal Butter, Eier und Schweinefleisch knapp sind, wenn das Mehl dunkler ist, als es die Hausfrau seit ein paar Jahrzehnten gewohnt war. Allen denen, die in solchen Fällen schnell mit der Kritik zur Hand sind, sei empfohlen, sich die Rede des Reichsbauernführers einmal aufmerksam durchzulesen.

Besonders der Reichsstadtüberblick, der an ihrem Anfang steht, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß das deutsche Landvolk im vergangenen Jahre im Dienste der Erzeugungsschlacht getan hat, was es nur tun konnte. Das gilt vor allem für die Erzeugung eines unserer wichtigsten Volksernährungsmittel, die Kartoffel. Wie der Reichsbauernführer mittelste, ist die diesjährige Kartoffelernte — wobei zu den Kartoffeln die Zuckerrüben hinzugezählt wurden — die größte, die bisher in Deutschland je erzeugt worden ist. Aber sie ist nicht etwa nur ein Geschenk des Himmels, sondern mindestens ebensosehr der Erfolg zielstrebigster Anstrengungen. Diese gingen in zwei Richtungen: erstens wurde die Anbaufläche vergrößert, d. h., es wurden mehr Felder als früher mit Kartoffeln bestellt, zweitens aber konnte auch — und das zeigt in ganz besonderem Maße vom Leistungswillen unseres Landvolkes — der durchschnittliche Ertrag der angebauten Fläche ganz wesentlich, im allgemeinen um 30 v. H., gesteigert werden. Die Kunst der Witterung war also durchaus nicht entscheidend. Das gilt in noch härtererem Maße von der Getreideernte, deren Ausbeute das für sie weit weniger vorteilhafte Wetter — waren doch 7 v. H. der Anbaufläche „ausgewintert“, d. h. so schlecht durch den Winter gekommen, daß sie neu bestellt werden mußten — mehr als einmal zu verderben schien. Trotzdem ist ihr Ertrag nicht kleiner als im vorigen Jahr. Und ist es nicht ebenfalls eine gewaltige Leistung, daß der deutsche Bauer heute, obwohl die bisher übliche Einfuhr an Futtermitteln aus dem Auslande ganz erheblich gedrosselt werden mußte, mit größeren Viehbeständen aufwarten kann und mit ihnen größere Leistungen erlegt als früher? Die Erhöhung der Milchproduktion um eine Milliarde Liter ist dafür nur ein Beispiel, das zusammen mit den Erfolgen auf allen anderen landwirtschaftlichen Gebieten, beweist, daß die bisher vom Reichslandstand betriebene Politik auf dem rechten Wege ist. Deshalb ist es auch nur folgerichtig, wenn der Reichsbauernführer in seiner

Heute Beilage:

„Heimat und Volkstum“